

# **N i e d e r s c h r i f t**

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des  
Bildungsausschusses am 04.10.2016  
*öffentlich***

---

**Ort:** Stadthaus,  
Wappensaal,  
Marktplatz 2,  
06108 Halle (Saale)

**Zeit:** 17:00 Uhr bis 20:23 Uhr

**Anwesenheit:** siehe Teilnahmeverzeichnis

## **Anwesend waren:**

### **Mitglieder**

Andreas Schachtschneider

Harald Bartl

Dr. Annegret Bergner

Josephine Jahn

Marcel Kieslich

Hendrik Lange

Annika Seidel-Jähmig

Dr. med. Detlef Wend

Denis Häder

Marko Rupsch

Bertolt Marquardt

Sven Pringal

Daniel Rumpold

André Scherer

Torsten Schiedung

Thomas Senger

Andreas Slowig

Cathleen Stahs

Tobias Woelki

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),

stellvertretender Ausschussvorsitzender

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),

Vertreter für Herrn Senius

Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ,

Vertreter von Frau Ranft

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner

Sachkundiger Einwohner,

anwesend bis 19:58 Uhr

Sachkundige Einwohnerin

stellvertretender Stadtschülerrat,

Vertreter für Herrn Furchert

### **Verwaltung**

Katharina Brederlow

Dr. Christine Radig

Uwe Weiske

Jürgen Zschoke

Petra Quilitzsch

Uta Rylke

Beigeordnete für Bildung und Soziales

Amtierende Fachbereichsleiterin Bildung

Sozialplaner

Schulnetzplaner

Abteilungsleiterin Finanzen

Protokollführerin

### **Gäste**

Antje Dahlmann

Frau Rasch

Vorsitzende des Schulelternrates der Grundschule  
August-Hermann-Franke

Elternsprecherin der Förderschule Astrid Lindgren

## **Entschuldigt fehlten:**

Melanie Ranft

Dr. Ulrike Wünscher

Kay Senius

Ralf-Jürgen Kneissl

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)

SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)

Sachkundiger Einwohner

## **zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**

---

Die öffentliche Sitzung des Bildungsausschusses wurde von **Herrn Andreas Schachtschneider** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

## **zu 2 Feststellung der Tagesordnung**

---

**Herr Schachtschneider** verwies auf vorliegenden

Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger im Auftrag des StadtElternRates zum TOP 4.1.

Im Weiteren bat er um Erteilung des Rederechts für Frau Dahlmann, Vorsitzende des Schulelternrates der Grundschule August-Hermann-Franke zum Tagesordnungspunkt 4.1, sowie für Frau Rasch, Elternsprecherin der Förderschule Astrid Lindgren für den Tagesordnungspunkt 4.2.

Die Mitglieder des Bildungsausschusses erteilten beiden Gästen das Rederecht.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Herr Schachtschneider** um Abstimmung bat.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift
  - 3.1.1. Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.16
  - 3.1.2. Genehmigung Niederschrift 31.05.2016
4. Beschlussvorlagen
  - 4.1. Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2016/02156
    - 4.1.1 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger im Auftrag des StadtElternRates zum TOP 4.1.
  - 4.2. Sanierungsbedarf an städtischen Schulen

Vorlage: VI/2016/01805

- 4.3. Festlegung von Aufnahmekapazitäten für die Integrierte Gesamtschule (IGS) Halle ab dem Schuljahr 2017/18  
Vorlage: VI/2016/02130
- 4.4. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015  
Vorlage: VI/2016/02283
5. Anträge von Fraktionen und Stadträten
6. schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten
7. Mitteilungen
  - 7.1. Bericht zur Kooperation Horte - Grundschulen
  - 7.2. Bericht zur Kooperation Kita - Grundschulen
  - 7.3. Mitteilung zu Hortkapazitäten
8. Beantwortung von mündlichen Anfragen
9. Anregungen

### **zu 3 Genehmigung der Niederschrift**

---

#### **zu 3.1.1 Genehmigung der Niederschrift vom 06.09.2016**

---

Die Niederschrift vom 06.09.2016 lag noch nicht vor.

**Abstimmungsergebnis: vertagt**

#### **zu 3.1.2 Genehmigung Niederschrift 31.05.2016**

---

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 31.05.2016.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt**

## zu 4      **Beschlussvorlagen**

---

### zu 4.1      **Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)** Vorlage: VI/2016/02156

---

#### zu 4.1.1      **Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger im Auftrag des StadtElternRates zum TOP 4.1.**

---

**Frau Brederlow** führte in die Beschlussvorlage ein.

**Frau Dahlmann** sprach als Vorsitzende des Schulelternrates der Grundschule August-Hermann-Franke. Die Schule besuchen derzeit 271 Kinder, darunter 100 mit Migrationshintergrund aus 50 verschiedenen Nationen. Bei 50 der Kinder wurde Förderbedarf im Unterrichtsfach Deutsch festgestellt. Auf Grund dieser Gegebenheiten beschloss der Stadtrat im letzten Jahr für diese Schule eine Schulsozialarbeiterstelle.

Mit der Unterstützung von Schulsozialarbeitern, Sprachlehrern für Deutsch als Zweitsprache, einem engagierten Kollegium von Lehrern und Pädagogen, sowie des Hortes, profitieren alle Kinder von der Vielfalt und haben die Chance verschiedene Schulwege einzuschlagen. Die Elternschaft der Schule befürchtet, dass diese Vielfalt verloren geht, wenn eine Neuordnung der Schulbezirke erfolgt. Bereits im August wurden die Ängste und Hinweise der Elternvertretung in Form einer abgegebenen Stellungnahme dargelegt.

Im Weiteren legte **Frau Dahlmann** die Gründe dar, warum eine Neuordnung der Schulbezirke mit Skepsis betrachtet wird.

Die Umstrukturierung des Einzugsbereiches im Glauchaviertel, wie die Erweiterung durch das Bahnhofsviertel (Kirchnerweg) wird kritisch betrachtet. Man befürchte, dass es zu einer sozialen Entmischung kommen wird. Vor diesem Hintergrund bat sie im Namen aller Schüler, Eltern, Lehrer und Pädagogen diese Befürchtungen in die Diskussion mit einzubeziehen.

Zuletzt übergab **Frau Dahlmann** jedem Mitglied des Bildungsausschusses ein Schreiben, in dem noch einmal detailliert die Befürchtungen der Elternvertretung aufgezeigt werden.

**Frau Dr. Bergner** fragte, ob der Verwaltung das Schreiben des Chorleiters des Stadsingechors Herrn Flämig bekannt ist und ob bereits eine Antwort erfolgt ist.

**Frau Brederlow** verneinte dies. Sie sagte eine Prüfung innerhalb der Verwaltung zu.

Zu den Befürchtungen der Elternvertretung der Grundschule August-Hermann-Franke merkte sie an, dass diese durchaus nachvollziehbar sind. Es gehe aber mit der Eröffnung der Grundschule Glaucha um eine Entlastung der Grundschule August-Hermann-Franke, sowie der Grundschule An der Johanniskirche und Ludwigsfeld.

**Herr Schachtschneider** fragte, ob in die Überlegungen der Neuordnung der Schulbezirke nur der reine Schulweg mit einbezogen wurde oder ob auch der Aspekt der Vielfalt (Schüler mit Migrationshintergrund, Flüchtlingskinder, Kinder aus sozial schwachen Familien) betrachtet wurde.

**Frau Brederlow** erklärte, dass es hier nach gesetzlicher Regelung vorerst um die Wegebeziehungen, sowie die Anzahl der Kinder im Einzugsgebiet, geht.

Bezugnehmend zur Thematik Wegebeziehungen merkte **Herr Schiedung** an, dass nicht erkennbar ist, wie viele Kinder in den jeweiligen Straßenzügen / Gebieten wohnen. Er fragte, ob eine derartige Übersicht existiert und zur Verfügung gestellt werden könnte.

**Herr Zschoke** sagte eine entsprechende Prüfung zu. Hier müsste vor allem der Datenschutz gewahrt werden.

**Herr Slowig** erklärte, die Argumentation der Elternvertretung der Grundschule August-Hermann-Franke nicht ganz akzeptieren zu können. Es gibt viele andere Schulen auch, wo Kinder aus den verschiedensten Elternhäusern zusammen kommen und lernen. Gerade in einer kleinen Schule wie die Grundschule A.-H.-Franke könnten die Bereiche Förderung und Integration besser bewerkstelligt werden.

**Herr Dr. Wend** fragte, ob die Möglichkeit besteht, dass sich alle Beteiligten noch einmal zu einem Gespräch finden, um eine andere Lösung zu finden.

**Frau Brederlow** verneinte dies. Eine grundlegende Veränderung wird es nicht geben. Es müssen die Voraussetzungen für das Schuljahr 2017/18 geschaffen werden.

**Herr Lange** sagte, dass die Verwaltung nunmehr die Hinweise und Vorschläge der Elternvertretung der Grundschule August-Hermann-Franke prüfen müsste. Das Schreiben wurde von Frau Dahmann verteilt. Die Verwaltung müsste prüfen, wie viele Schüler östlich der Merseburger Straße wohnen und wie viele Straßenzüge südlich der Willy-Brandt-Straße zugeordnet werden müssten, damit sich die Anzahl der Schüler gegenseitig ausgleicht. Letztendlich entscheidet dann der Stadtrat, ob der Variante der Verwaltung in Form der vorliegenden Beschlussvorlage zugestimmt wird oder ob die Hinweise der Elternvertretung greifen.

**Herr Häder** äußerte, dass sich letztendlich jedes Viertel samt dort wohnender Bevölkerung verändert, sobald dort höherpreisige Wohnungen entstehen. Perspektivisch verändert sich natürlich die Sozialstruktur.

**Herr Bartl** schloss sich dieser Äußerung an. Es ist die Frage zu klären, ob jede Schule den gleichen Anteil an Schülern mit Migrationshintergrund aufweist oder ob da eine Dysbalance vorherrscht.

**Frau Brederlow** legte dar, dass nicht jeder Schüler mit Migrationshintergrund auch Sprachprobleme oder andere Bedürfnisse aufweist, die gesondert geregelt / abgedeckt werden müssen. Sie sagte aber eine Prüfung der Zahlen zu.

**Herr Senger** äußerte, dass die Situation dadurch schwer einzuschätzen ist, weil nur eine Stellungnahme vorliegt. Für eine genauere und vor allem umfassende Betrachtung wären auch die Stellungnahmen der anderen betroffenen Schulen interessant. Er fragte, ob die Verwaltung hier nicht nachsteuern könnte und gegebenenfalls noch Meinungen der anderen Schulen einfordern könnte.

Im Weiteren bat **Herr Schachtschneider** Herrn Senger um Einbringung seines Änderungsantrages.

**Herr Senger** erläuterte, dass man derzeit durch die aktuelle Entwicklung in der Schullandschaft nur noch vier Sekundarschulen habe. Diese sind über das Stadtgebiet in vier Einzugsgebiete aufgeteilt. Auch diesen Schulen sollte es ermöglicht werden, sich im

gesamten Stadtgebiet zur Verfügung zu stellen. Demzufolge sollten die Einzugsgebiete für die Sekundarschulen aufgehoben werden.

**Herr Lange** merkte an, dass diese Überlegung durchaus attraktiv ist. Allerdings könnte dadurch eine Dysbalance bei der Schülerzahl in den Sekundarschulen auftreten.

**Frau Seidel-Jähmig** fragte, ob zur Thematik nicht eine Rückmeldung der Sekundarschulen erfolgen könnte.

**Herr Scherer** fragte, ob es mitunter Pläne oder Diskussionen gibt, Sekundarschulen umzuwandeln. Weiterhin fragte er, ob die Thematik der Fahrkosten mit betrachtet werden muss.

**Frau Brederlow** sagte, dass der Verwaltung derzeit keine geplanten Änderungen bekannt sind. Betreffs Fahrkosten besteht weiterhin eine Vereinbarung mit der HAVAG. Eine Rückmeldung der Schulleiter der Sekundarschulen ist möglich. Aufgrund der Ferien ist aber eine große Beteiligung bis zur nächsten Sitzung nicht möglich.

Auf die Frage von **Herr Schachtschneider**, ob die Vorlage samt Änderungsantrag bis zur übernächsten Sitzung Ende November vertagt werden könnte, erklärte **Frau Brederlow**, dass dieses Verfahren ungünstig wäre, da die Voraussetzungen für die Sekundarschulen für das kommende Schuljahr geschaffen werden müssen.

Im Weiteren diskutierten Herr Schachtschneider, Herr Senger, Herr Lange und Herr Häder zur weiteren Verfahrensweise. Im Ergebnis erklärte **Herr Senger** seinen Änderungsantrag als zurückgezogen, da Herr Häder zusicherte, dass seine Fraktion diesen als Antrag aufnehmen und in den Rat einbringen wird.

Im Weiteren stellte Herr Schachtschneider gemäß § 10 (1 d) der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse den Antrag auf Vertagung der Vorlage.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**  
GO-Antrag auf Vertagung

#### **zu 4.1.1 Änderungsantrag des sachkundigen Einwohners Thomas Senger im Auftrag des StadtElternRates zum TOP 4.1.**

---

**Abstimmungsergebnis:** **zurückgezogen**

**Beschlussvorschlag:**

Die Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) wird dahingehend geändert, dass die bisherigen Schulbezirke der noch verbleibenden Sekundarschulen aufgehoben werden und somit alle weiterführenden Schulen in der Trägerschaft der Stadt Halle ohne Einschränkungen durch die Schülerinnen und Schüler und deren Personensorgeberechtigten angewählt werden können.

**zu 4.1 Erste Änderungssatzung zur Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: VI/2016/02156**

---

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Satzung zur ersten Änderung der Satzung zur Festlegung von Schulbezirken für Grundschulen und Sekundarschulen in Trägerschaft der Stadt Halle (Saale) - 1. Änderungssatzung Schulbezirkssatzung - nebst der neugefassten Anlage Straßenverzeichnis – Zuordnung der Straßen der Stadt Halle (Saale) zu Schulbezirken von Grundschulen und Sekundarschulen.

**zu 4.2 Sanierungsbedarf an städtischen Schulen  
Vorlage: VI/2016/01805**

---

**Frau Brederlow** merkte an, dass diese Vorlage auch in die nächste Sitzung des Bildungsausschusses vertagt werden könnte, um diese dann im Zusammenhang mit der Haushaltsberatung zu diskutieren.

Im Weiteren führte **Herr Heinz** in die Beschlussvorlage ein.

**Frau Rasch** sprach als Elternsprecherin der Förderschule Astrid Lindgren. Sie führte aus, dass der derzeitige Zustand der Förderschule sehr schlecht ist. Durch einen im Sommer in den Kellerräumen aufgetretenen Wasserschaden zieht die Nässe nunmehr in die oberen Räume und man hat dort erste Schimmelercheinungen. Auch sind die baulichen Zustände der Schule katastrophal. Zum Teil findet der Unterricht in Kellerräumen statt. Der Schule fehlen Räume für spezielle Betreuungsangebote, eine ordentliche Sporthalle, moderne sanitäre Einrichtungen und Fachräume.

**Herr Schachtschneider** fragte nach der Entwicklung und Einstufung des Punktesystems. Speziell, warum die eben beschriebene Schule mit ihren doch sehr starken baulichen Mängeln nur auf Platz 35 gelandet ist.

**Herr Lange** fragte, wie die Verwaltung auf die Nässe- und Schimmelproblematik an der Förderschule Astrid-Lindgren reagiert hat.

**Frau Brederlow** erklärte, dass im Punktesystem sowohl der baufachliche Aspekt wie auch der schulfachliche Aspekt inbegriffen sind.

**Herr Heinz** sagte, dass sich das Gebäude unter dem Gesichtspunkt des baulichen Aspektes im mittleren Ranking befindet. Die Abläufe und Gegebenheiten sind mitunter nicht optimal. Darüber hinaus gibt es erhebliche Kapazitätsprobleme. Das Objekt ist für die dort lernende Schülerschaft von insgesamt 89 Kindern zu klein. Die Nässe- und Schimmelproblematik ist bekannt und wird derzeit behoben.

Auf die Nachfrage von **Herrn Kieslich**, ob mit den Schulen bezüglich des Sanierungsbedarfs Rücksprache gehalten wurde, erwiderte **Frau Brederlow**, welches Ziel damit verfolgt werden soll.

**Herr Marquardt** erklärte, dass Gespräche doch von hoher Priorität zeugen. Gerade bei aktuell auftretenden Problemen wie eben Schimmel wäre dies doch wünschenswert.

**Herr Lange** fragte, wie mit Schulen verfahren wird, die im Ranking gleich gestaffelt sind. Weiter bat er um Erklärung und Differenzierung zwischen Basissanierung und Grundsanierung.

**Herr Heinz** erläuterte, dass bei der Basissanierung Malerarbeiten, Fußbodenarbeiten, energetische Verbesserungen (neue Fenster) oder zum Beispiel Verbesserungen der IT-Ausstattung erfolgen. Er schlug vor, zur kommenden Sitzung eine Art Übersicht vorzulegen, aus der die Differenzierung Grundsanierung - Basissanierung hervorgeht.

**Frau Stahs** fragte nach dem hohen Kostenaufkommen bei der Rainschule, die doch eigentlich der Schließung unterliegt.

**Frau Brederlow** erklärte, dass alle Schulen betrachtet wurden, auch eben solche, die einer Schließung unterliegen. Diese Zahl verdeutlicht letztlich nur, welche Kosten nötig wären, um die Schule zu erhalten.

Nach einem weiteren Diskussionsaustausch zur Thematik Brandschutz, stellte **Herr Schachtschneider** einen Geschäftsordnungsantrag gemäß § 10 (1d) der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse auf Vertagung der Vorlage.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt  
GO-Antrag auf Vertagung

**Abstimmungsergebnis:** vertagt

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt die Prioritätenanalyse als Basis für künftige Haushaltsanmeldungen. Es folgt eine laufende Fortschreibung. Für alle Bauvorhaben an städtischen Schulen wird jeweils ein Baubeschluss dem Stadtrat vorgelegt.

**zu 4.3 Festlegung von Aufnahmekapazitäten für die Integrierte Gesamtschule (IGS) Halle ab dem Schuljahr 2017/18  
Vorlage: VI/2016/02130**

---

**Frau Brederlow** führte in die Beschlussvorlage ein.

**Herr Senger** merkte an, dass es keine gesetzliche Regelung gibt, dass der Klassenteiler begrenzt werden kann. Laut Beschlussvorlage sollen die jetzigen Klassen aufgrund der Platzkapazität begrenzt werden, alle neuen Schulklassen können allerdings auf bis zu 28 Schüler aufgefüllt werden, hier reichen die Raumkapazitäten angeblich.

Vorliegende Beschlussvorlage würde dazu führen, dass die Konzepte der Schule nicht umsetzbar sind, ein Raum laut Raumkonzept fehlen würde und somit von vorn herein eine falsche Planung einhergeht. Mit dem Landesschulamt wurden auch andere Konzepte besprochen. Diese möchte die Verwaltung allerdings nicht umsetzen. Eine Idee wäre die Schaffung eines zusätzlichen Gebäudes.

**Frau Brederlow** merkte an, dass es vom Landesverwaltungsamt ein Konzept gibt, dass von einer Vierzügigkeit des Gebäudes ausgeht. Die Logik der Schülerzahlbegrenzung auf 125 Schüler resultiert aus der bisherigen Fünfzügigkeit. Bei einer Vierzügigkeit wird die Zahl von 125 Schüler nicht mehr erreicht.

**Herr Lange** bat um Erklärung der Begrenzung der Klassenstärke auf 25 Schüler.

Er informierte, dass er zusammen mit Frau Ranft ein Schreiben an das Landesschulamt mit der Fragestellung aufgesetzt hatte, ob dann mit der Vierzügigkeit alle nötigen Erfordernisse zur Umsetzung des Schulkonzeptes gewährleistet wären oder ob weitere Forderungen auftreten würden. Dazu erging keine Antwort.

**Herr Zschoke** informierte, dass man mit der Schulleitung bezüglich der Klassenstärke im Gespräch war. Wunsch war eine Reduzierung auf 25 Schüler, um hier auch die kleinen Räume als Klassenräume nutzen zu können. Die Kapazitätsbegrenzung wurde dem Landesschulamt angezeigt. Dieses hat hierzu keine Bedenken geäußert.

Im Weiteren bat **Herr Schachtschneider** um Abstimmung.

**Abstimmungsergebnis:** **einstimmig zugestimmt**

**Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt für die Integrierte Gesamtschule Halle beginnend ab dem Schuljahr 2017/18:

1. Die Aufnahmekapazität für die Klassenstufe 5 wird in Abänderung der Ziffer 3a des Beschlusses des Stadtrates vom 24.02.2010 (Vorlage Nr. V/2009/08549) von einer Fünfzügigkeit auf eine Vierzügigkeit festgelegt.
2. Für die zum Schuljahr 2017/18 existierenden Jahrgangsstufen 6 bis 10 wird auslaufend eine maximale Aufnahmekapazitätsgrenze von 125 Schülerinnen und Schülern festgelegt. Die Aufnahmekapazitätsgrenze kann durch die Weiterbeschulung eigener Schülerinnen und Schüler der IGS Halle überschritten werden.

**zu 4.4 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2017 sowie den Beteiligungsbericht 2015**  
**Vorlage: VI/2016/02283**

---

**Frau Brederlow** bat einleitend darum, alle Fragen bis zum 18. Oktober 2016 der Verwaltung zukommen zu lassen, so dass diese zur Beratung hier im Ausschuss am 01. November mit besprochen werden können. Der Beratung des Geschäftsbereiches VI im Finanzausschuss erfolgt am 17. November 2016. Die Thematik Stellenplan wird in der Sitzung des Ausschusses für Personalangelegenheiten am 02. November 2016 besprochen.

Im Weiteren informierte **Frau Quilitzsch** anhand einer Präsentation zum Haushalt des Geschäftsbereiches IV.

*Anmerkung: Die Präsentation ist in Session hinterlegt.*

**Herr Häder** fragte nach der Einschätzung bezüglich der sekundären Flüchtlingskosten. Speziell nach der Höhe des Bedarfs und deren Abdeckung.

**Frau Quilitzsch** erklärte, dass für 2016 keine Gelder dafür zur Verfügung standen. Für 2017 sind diese mit im Haushalt berücksichtigt.

Die Nachfrage von **Herrn Schiedung**, ob im Haushalt 2017 Kosten für die Erneuerung von Software für Tablets berücksichtigt wurde, verneinte **Frau Brederlow**.

Im Weiteren beendete **Herr Schachtschneider** die 1. Lesung zum Haushalt.

**Abstimmungsergebnis:**

**vertagt**

**Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2017 mit dem Haushaltsplan 2017.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2015 zur Kenntnis.

**zu 5 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine Anträge von Fraktionen und Stadträten vor.

**zu 6 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten**

---

Es lagen keine schriftlichen Anfragen vor.

**zu 7 Mitteilungen**

---

**zu 7.1 Bericht zur Kooperation Horte - Grundschulen**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

*Anmerkung: Der Bericht ist in Session hinterlegt.*

**zu 7.2 Bericht zur Kooperation Kita - Grundschulen**

---

Die Mitteilung wurde zur Kenntnis genommen.

*Anmerkung: Der Bericht ist in Session hinterlegt.*

### zu 7.3 Mitteilung zu Hortkapazitäten

---

**Frau Brederlow** informierte zu den Hortkapazitäten.

An der Grundschule August-Hermann-Franke gibt es derzeit Kinder, die sich auf der Warteliste befinden. Die Verwaltung ist derzeit in Gesprächen mit anderen Anbietern vor Ort (Montessori Schule, Hort der Franckesche Stiftungen).

Der Hort „Am Kirchteich“ meldete ebenfalls einen Kapazitätenüberhang an. Dies hat sich allerdings nicht bestätigt. Nunmehr sind alle Betreuungsverträge abgeschlossen.

Der Hort „Am Goldenen Gockel“ meldete ebenfalls noch zusätzlichen Bedarf. Die AWO hat hier aber signalisiert, dass eine Lösung gefunden wird.

### zu 8 Beantwortung von mündlichen Anfragen

---

#### zu 8.1 Herr Marquardt fragte zu einem Vorfall an einer Förderschule

---

**Herr Marquardt** bezog sich auf eine Pressemitteilung zu Vorfällen in einer Förderschule. Er fragte, ob dies der Verwaltung bekannt ist und der Tatsache entspricht und wie sich die Betreuung darstellt.

**Frau Brederlow** sagte, dass sich die Anfrage auf das Landeszentrum für Körperbehinderte bezieht. Dies liegt nicht in der Zuständigkeit der Verwaltung. Man habe allerdings bei der Einrichtung nachgefragt, bislang ohne Ergebnis. Sobald die Zuarbeiten vorliegen, wird die Verwaltung darüber berichten.

#### zu 8.2 Anfrage Herr Marquardt zur Unterrichtsversorgung

---

**Herr Marquardt** bat um aktuelle Informationen bezüglich der Unterrichtsversorgung.

**Frau Brederlow** erklärte, dass die vorliegende Beantwortung durchaus aktuell ist. Hintergrund ist, dass in diesem Jahr das Schuljahr früher begonnen hat.

#### zu 8.3 Anfrage Frau Jahn zu den Tagesordnungspunkten 7.1 und 7.2

---

**Frau Jahn** bezog sich auf die Tagesordnungspunkte 7.1 und 7.2 der heutigen Sitzung.

Sie fragte, ob eine Befragung der Grundschulen stattgefunden hat. Aus der Mitteilung heraus ist lediglich erkennbar, dass eine Befragung von Hort und Kita stattgefunden hat. Sie würde gern die Sichtweise der Grundschule zu den Kooperationen erfahren.

Weiterhin fragte sie, wie mit den Ergebnissen aus der Kooperation Horte – Grundschulen und Kooperation Kita – Grundschulen umgegangen wird.

Zuletzt fragte sie, wie mit dem Zustand umgegangen wird, bei denen keine Kooperation zwischen Schüler und Hort zustande gekommen ist. Wie wird jedes Kind von Schule erreicht?

**Frau Lukas** erläuterte, dass die Grundschulen zu den Kooperationen nicht befragt wurden. Diese Anregung wird aufgenommen. Sie verwies auf die Zusammenarbeit mit dem Landesschulamt; hier können diese Dinge besprochen werden.

#### **zu 8.4      Anfrage von Herrn Lange zu Räumen für "Jugend forscht"**

---

**Herr Lange** informierte, dass „Jugend forscht“ gern ein Schülerinstitut errichten möchte und diesbezüglich Räume zur Verfügung gestellt bekommen möchte. Er merkte in diesem Zusammenhang an, dass es Überlegungen gibt ein Polytechnisches Zentrum in der Schule „Am Rosengarten“ einzurichten. Er fragte, ob in diesem Zusammenhang auch über ein sogenanntes Schülerlabor nachgedacht werden könnte.

**Frau Dr. Radig** teilte mit, dass es bisher keine Anfragen von „Jugend forscht“ gibt. Eine Nutzung der Schule „Am Rosengarten“ wäre durchaus denkbar. Allerdings müsste diese zunächst saniert werden und wie geplant als Ausweichstätte dienen. Der Standort wäre daher kurzfristig gesehen nicht geeignet.

#### **zu 8.5      Anfrage von Herrn Senger zur Planungs- und Bausumme der IGS**

---

**Herr Senger** informierte, dass auf der Internetseite der GP Papenburg unter Referenz die IGS mit einer Planungs- und Bausumme von 6,4 Millionen Euro aufgelistet ist. Nach Aussagen der Verwaltung wurden aber insgesamt 8,4 Millionen Euro verbaut. Er fragte, ob der Differenzbetrag tatsächlich für die Ausstattung verwendet wurde.

#### **zu 8.6      Anfrage Herr Senger zu einem Sportplatz für die Hans Christian Andersen Schule**

---

**Herr Senger** fragt nach den Entwicklungen eines Sportplatzes für die Grundschule Hans Christian Andersen. In der Vergangenheit wurde dies öfters thematisiert, bislang ohne Ergebnis.

**Frau Dr. Radig** erklärte, dass die Errichtung eines Sportplatzes aufgrund des Platzangebotes auf dem Gelände der Grundschule nicht möglich ist. In allen Stark III Fördermittelanträgen ist für alle Schulen ein Pauschalbetrag für die Herrichtung einer Schulsporthalle mit vorgesehen.

**Herr Senger** merkte an, dass die Schule die Information erhalten habe, dass kein solcher Betrag im Antrag enthalten ist.

**zu 8.7      Anfrage von Herrn Kieslich zur Ablehnung des Mietvertrags an der Schwimmhalle**

---

**Herr Kieslich** bezog sich auf den im Finanzausschuss getroffenen ablehnenden Beschluss zum Mietvertrag des Objektes „An der Schwimmhalle 5“. Er fragte nach den weiteren Verfahrensweisen.

**Herr Schachtschneider** informierte, dass dazu im nicht öffentlichen Teil der Sitzung eine Mitteilung erfolgen wird.

**zu 8.8      Anfrage von Frau Stahs zur Beförderung von Kita-Kindern mit Förderungsbedarf**

---

**Frau Stahs** fragte, ob auch Kindergartenkinder mit Förderbedarf kostenlos in die Einrichtung befördert werden.

**Frau Dr. Radig** verneinte dies.

**zu 8.9.     Anfrage von Frau Stahs zum Verfahren der Reparatur von Wandtafeln**

---

**Frau Stahs** informierte, dass bisweilen die Reparatur von Wandtafeln in den Schulen durch Hausmeister übernommen wurde. Neuerdings wird dafür eine Firma beauftragt. Sie fragte, ob es diesbezüglich eine Ausschreibung gab. Betroffen seien städtische Schulen wie auch Schulen, die über PPP finanziert werden. Sie fragte, in welchem Rhythmus eine Überprüfung der Tafeln erfolgt.

**Frau Dr. Radig** erklärte, dass die Überprüfung von Wandtafeln jährlich zu erfolgen hat. Es gib einen Mitarbeiter in der Verwaltung, welcher über einen Sachverständigenausweis verfügt und die Kontrollen in den Schulen durchführt. Sollten Reparaturen notwendig sein, welche nicht durch die Fachkenntnisse eines Hausmeisters abgedeckt werden können, so wird eine Firma beauftragt.

**zu 8.10    Anfrage von Herrn Schachtschneider zum Auftrag zur Reparatur von Schultafeln**

---

Bezugnehmend zu o.g. Anfrage von Frau Stahs (TOP 8.11), fragte **Herr Schachtschneider**, ob es generell einen Auftrag der Verwaltung an Firmen gibt, die Schultafeln zu überprüfen.

**zu 9      Anregungen**

---

Es wurden keine Anregungen gegeben.

**Herr Schachtschneider** beendete die öffentliche Sitzung und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

---

Andreas Schachtschneider  
stellvertretender Ausschussvorsitzender

---

Uta Rylke  
Protokollführerin